

Deutscher Reichstag.

Es war schließlich begreiflich, daß man gestern im Reichstag keine besondere Lust verspürte, die endlosen Tiraden der Kommunisten anzuhören. Die die wider Erwarten um einen weiteren Tag verlängerte Programmdebatte abschlossen. Das Thema wurde daher leerer und leerer, je länger Friedrich der Letzte der Kommunistenmannen, seine mehrstündige, aber alle möglichen und unmöglichen Dinge handelnde Rede ausdehnte. Diese Obstruktion wurde um so unangenehmer empfunden, als inzwischen die Parteien sich über den Wortlaut der Tagesordnung geeinigt hatten, die die vier Mittelparteien dem Mißtrauensvotum der Deutschnationalen entgegenstellen wollten. Aber gegen den deutschen Radikalismus, sei er rechter oder linker Orientierung, gibt es eben anscheinend kein Mittel. Das hatte der Anfang der gestrigen Sitzung einmal wieder aufs deutlichste gezeigt. Stand da ein gemeinsamer Antrag aller Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten zur Erörterung, der darauf abzielte, die Bezüge der Rentenempfänger und Witwen und Waisen angemessen zu erhöhen. Die Finanzlage des Reiches erlaubt es leider nicht, der herrschenden Teuerung bis zum Letzten entsprechende Sätze vorzuschreiben. Aber es war zweifellos ein Werk tätiger Nächstenliebe, das der Reichstag damit bezweckte. Die äußerste Linke aber war anderer Meinung. Der Abg. Karsten (Unabh.) brachte erst einen Antrag ein, der einen Mehraufwand von nicht weniger als 10 Millionen erforderte hätte und derselbe Abg. Karsten verhinderte dann, daß gleich noch die dritte Lesung der Vorlage erledigt wurde. Dieses Vorgehen erregte im ganzen Haus berechtigten Unwillen und Präsident Voede nagelte denn auch die Tatsache fest, daß die Unabhängigen und Kommunisten böswillig die rechtzeitige Auszahlung der erhöhten Sätze zum 1. April verhindert hätten. Aus der

Debatte über die Regierungserklärung

set noch die in mehr als einer Beziehung erfreuliche Rede des bayrischen Volksparteilers Reichert hervorgehoben, daß der bayrische Parteiführer die Deutschnationalen wegen ihres Mißtrauensvotums des unnationalen Vorgehens beschuldigte und daß er ferner dem Reichsminister Dank dafür zollte, vor der Festlegung der Regierungserklärung mit den Ministerpräsidenten der Länder Rücksprache gehalten zu haben. Inzwischen war der Antrag Marx (Str.) eingegangen: der Reichstag bewahrt sich gegen die in den Noten der Reparationskommission vom 21. März 1922 dem deutschen Volke auferlegenen unerträglichen Forderungen und billigt daher die von der Reichsregierung zu diesen Noten abgegebenen Erklärungen. — Zu diesem Antrag verhielten die Deutschnationalen und Kommunisten noch Änderungsanträge durchzubringen. Sie verzögerten damit die Abstimmung, konnten aber die Annahme des Gesamtantrages der Mittelparteien nicht hindern.

Kleine politische Meldungen.

Neue Milliardenbeiträge bei Eisenbahn und Post. Wie gestern im Reichstag verlautete, sollen für Monat März infolge des Marksturzes die Etats der Eisenbahn und der Post wieder Milliardenbeiträge aufweisen. Für die Eisenbahn wurde ein schätzungsweise Betrag von 1 1/2 Milliarde Mark genannt.

Der deutsche Standpunkt zur Polizeinote. Die Konferenz der deutschen Innenminister über das Verlangen der Alliierten, die Schutzpolizei auf den Stand von 1913 zurückzuführen, führte zu dem Ergebnis, daß die Erfüllung dieser Forderung unmöglich sei. Die übereinstimmende Meinung ging dahin, daß die Sicherheit der Zustände jetzt keineswegs so verbürgt sei wie vor dem Kriege, und daß die Schutzpolizei auch deswegen höher sein müsse, weil die Stärke der Reichswehr zur Unterdrückung von Unruhen nicht ausreicht.

Der Kampf um die konfessionelle Schule. Im Bildungsausschuß des Reichstages machte ein Vertreter des Zentrum bei der weiteren Beratung des Reichsschulgesetzes erneut einen Vorstoß gegen das in der Verfassung verankerte Schulkompromiß über die Gemeinschaftsschule. Der Kampf um die konfessionelle Schule werde vielleicht, so führte er aus, zu einem Volksentscheid führen, der kaum in seiner Entscheidung den Wünschen der Linken entsprechen würde.

Deutschland bezahlt alles! Wie aus den Mitteilungen eines Regierungsdirektors im Hauptauschuß des Reichstages bekannt wird, nimmt die Entente unsere innerdeutschen Fernsprechnetze mit einer halben Million Gespräche jährlich in Anspruch. Man stellt, daß die Herren sich weder, was die Ausgaben für das Wohlleben ihrer Vertreter betrifft, noch für die Benutzung der deutschen Einrichtungen die Beschränkungen auferlegen, die der Anstand erfordert.

Ausnahmezustand für Ostpreußen? Es verlautet, daß Mittwoch die militärischen Spitzen Ostpreußens unter Führung des Generals Dassel in Berlin weilten und Besprechungen mit dem Minister des Innern hatten, wobei sie die Herstellung eines Ausnahmezustandes für Ostpreußen angeregt hätten, und zwar mit Rücksicht auf die von Polen her erfolgenden Drohungen.

Polens Druck auf Galizien. Wie der Tages-Anz. aus Genf meldet, hat die polnische Delegation ihre Adresse aus Genf beschloffen. Präsident Calonder hat in einer persönlichen Rücksprache mit dem polnischen Delegationsführer die Zurücknahme des Beschlusses erreicht. Die Kommission wird aber nur bis 10. April in Genf bleiben. Bis dahin müsse der Schiedspruch Calonders vorliegen.

Rein Parlament für die Saarbevölkerung. Aus dem Berichte des Eithelens Weitingen vor dem Volksbundrat ergibt sich mit voller Deutlichkeit, daß auch er es ablehnt, der Saarbevölkerung das von ihr geforderte Parlament zu gewähren. Die Forderung ist für einen angeblich auf demokratischer Grundlage aufgebauten Rat recht inakzeptabel. Eine wirkliche Volksvertretung soll angeblich mit der Verantwortlichkeit des Volksbundes für die Regierung des Landes nicht verträglich sein, ein Einwand also, den bisher alle absoluten Herrscher gegen das Volk Papier erhoben haben, das sich gegen

Neue belgische Uebergriffe im besetzten Gebiet. Noch hat sich im belgischen Besetzungsgebiete die Erregung über die Vorkrieger nicht gelegt, und schon wieder werden neue Uebergriffe der Belgier gemeldet. Nicht nur, daß die belgischen Kommandanten den Befehl strengeren Vorgehens gegen die Deutschen gegeben haben und in Freisfeld auf einen Automobilstreifen geschossen worden ist, wurde auf Befehl des Kommandanten des Bräutertopfes von Duisburg eine Abordnung für die Wache der Schutzpolizei in Oberhausen-Külsteden in Stärke von 28 Mann verhaftet und in das Polizeigefängnis geschleppt, weil sie angeblich die für das besetzte Gebiet vorgeschriebene weiße Armbinde nicht getragen hat.

Die Abstellung Wilhelms II. gefordert. Journal des Debats meldet über den Stand der deutschen Kriegsschuldfrage, daß die alliierten Kabinette der Ueberweisung einer Entscheidung an den obersten Rat zugestimmt haben, der im Mai zusammentreten soll. Für diese Tagung des Obersten Rates lägen zwei gleichlautende Anträge Frankreichs und Belgiens vor, von dem der belgische auch die Aburteilung des Kaisers wieder aktuell werden lasse.

Teure Gäste.

Was uns die Entente-Kommissionen kosten.

Der Zahlungsausschuß, den uns die Reparationskommission unter unerhörten Bedingungen vorläufige gewährten will, wird solange eine großsprecherische Geste bleiben, als die Entente nicht selbst einmal damit anfängt, Deutschland durch ihre Missionen auszufrachten. Durch die Kontrollkommissionen aller Art, die die Entente immer noch bei uns unterhält, werden alljährlich Millionen verschlungen, die zu anderen Zwecken besser Verwendung finden und vielleicht gerade der Entente bessere Dienste als bisher leisten können. Die interalliierte Militär-Kontrollkommission, die auch früher schon nicht Hunger zu leiden brauchte, hat sich vor einiger Zeit mit rückwirkender Kraft vom 1. September vorigen Jahres ihr Einkommen um nicht weniger als 100 Prozent erhöht. Für November und Dezember wurden die Bezüge abermals heraufgesetzt und nun bekommen — vorbehaltlich weiterer Teuerungszulagen — unsere lieben Gäste etwa folgenden Monatsgehalt:

1. Der General und Vorsitzende der Kommission	65 500 M.
2. Der General	48 300 M.
3. Der Oberst und der Oberleutnant	34 500 M.
4. Der Major	31 000 M.
5. Hauptmann, Oberleutnant und Leutnant	29 800 M.
6. Unteroffizier	18 000 M.
7. Der Gemeine	9 600 M.
	234 200 M.

Zu diesen Einkünften hat man dem deutschen Volke aber auch noch die Zahlung des Dienstgehaltes aufgebürdet, das die Kommissionsmitglieder von ihrem Heimatstaat zu erhalten hätten. Ein französischer Divisionsgeneral erhält jährlich 33 000 Franken. Ungeachtet des niedrigen Standes der Mark erheben sich bei der Umrechnung dieser Frankengehälter geradezu märchenhafte Zahlen. Kein deutscher Minister kann sich eines solchen Einkommens rühmen. Aber damit noch nicht genug. Deutschland muß auch die Wohnung, die Reisen usw. der Kommissionen aus seiner Tasche bezahlen. Man hat berechnet, daß die Unterkunft des Generals Kolliet allein uns jährlich über 350 000 Mark kostet.

Den englischen Kommissionsmitgliedern geht es dank ihrer besseren Valuta noch glänzender. Ein gewöhnlicher englischer Soldat in der Schreibstube der Kommission erhält — man höre und staune! — zurzeit über 360 000 Mark jährlich. Zu Beginn des Jahres 1922 betragen die monatlichen Kosten der Kommission, der die militärische Ueberwachung Deutschlands übertragen ist, etwa folgende Summen:

für Unterbringung im Standort	1 970 000 M.
für Unterbringung auf Dienstreisen	34 000 M.
für Unterhaltung und Unterbringung der Kraftwagen	1 950 000 M.
der Kraftwagen	1 950 000 M.
für Geschäftspersonal und Bedarf	740 000 M.
	4 694 000 M.

Das sind aber nur die monatlichen Kosten für die eine Kommission des Generals Kolliet. Neben dieser bestehen u. a. noch Kommissionen zur Ueberwachung der Marine, des Luftfahrwesens usw. Auch die Kosten dieser Kommissionen muß Deutschland tragen. Wir fragen: Wie lange noch?

Von Stadt und Land.

Mus. 31. März 1922.

An unsere Leser!

Wir sehen uns genötigt, den Bezugspreis unserer Zeitungen ab 1. April auf Mark 16.— pro Monat zu erhöhen.

Verlag des Neuen Tageblattes.
Verlag des Erzgebirgischen Volksbundes.

Die Zeitungen in ganz Deutschland sehen sich wiederum zu Erhöhungen ihrer Bezugspreise am 1. April genötigt. Erscheint das an sich begreiflich durch die Verteuerung aller Produktionsmittel, Gehälter und Löhne, der Kosten des Nachrichten- und Beförderungswesens usw., durch alle die allgemeinen Nöte der Wirtschaft, unter denen die Zeitungsunternehmen ganz besonders durch die ungeheure Verteuerung des Zeitungsbrennpapiers betroffen. Für April wird ein Preis für Druckpapier in Aussicht gestellt, der den seit der letzten Preisermäßigung bestehenden Preis um nicht weniger als 50 000 Mark für den Bogen Druckpapier übersteigt. Was das bedeutet, läßt sich ohne weiteres daran erkennen, daß der Bogen Druckpapier, der in Friedenszeiten 2000 Mark kostete, dessen Preis im Januar und Februar auf nicht weniger als 70 000 Mark, im März auf über 80 000 Mark gestiegen war, nun auf 120 000 Mark, wenn nicht gar auf 130 000 Mark, wie die neueste Forderung lautet, kommen soll. Der Papierpreis steigt also von dem

Ursachen des Friedenspreises im März auf das 60-fache im April. Die Zeitungen können nur erklären, daß sie ihre Magazine treffen im Kampf um die Existenz. Es steht zu befürchten, daß die von Reichstag und Regierung geplanten Diszaktionsmaßnahmen, die vor allem der maßlosen Preistreiber auf dem Holzmarkt und der Preisbittatur der Syndikate ein Ziel setzen sollen, zu spät kommen werden. Die Presse, die als wirtschaftliche Unternehmung zu allem noch derartigen außerordentlichen Sonderbelastungen in der Zeit einer allgemeinen Wirtschaftskrise ausgesetzt ist, muß alles Mögliche zur Selbsthilfe und Selbsterhaltung tun. Die Presse ist aber zugleich ihrem Wesen und ihrer Leistung nach eine Einrichtung des öffentlichen Lebens. Als solche darf sie verlangen von der gesamten Öffentlichkeit, nicht zuletzt von ihren Lesern, gewürdigt zu werden. Es sei auch betont, daß selbst die notgedrungenen Erhöhungen bei weitem nicht die Kosten der neuen Mehrbelastungen deckt.

Die Frage des 1. Mai und 9. November als Feiertage im Landtage. Im sächsischen Landtage wurde gestern nach sehr ausführlichen, teils von lebhaften Zwischenrufen unterbrochenen Berichten über die Vorlage Nr. 92 vom Berichterstatter Abg. Drechsler (D. Vp.) beantragt, die Vorlage 92 abzulehnen, vom Mitberichterstatter Abg. Bethe (Soz.) dagegen, sie unverändert anzunehmen. Nach kurzen Ausführungen des Wirtschaftsministers Heilich darüber, daß die landesgesetzliche Regelung dieser Feiertage durch die Reichsgesetzgebung nicht ausgeschlossen sei, stellte der Präsident fest, daß auf einen Antrag des Abg. Bänger (D. Vp.) und Gen. eine dritte Lesung der Vorlage an einem der nächsten Sitzungstage stattfinden werde, so daß eine Abstimmung über die gestellten Anträge nicht erfolgte.

Altershilfe des Deutschen Volkes. Das Ministerium des Innern hat genehmigt, daß die Volksammlung für das notleidende Alter im Freistaat Sachsen bis Ende April 1922 nach Maßgabe der bisherigen Richtlinien fortgesetzt wird. Aus diesen Richtlinien ist nochmals besonders hervorzuheben, daß 70 Prozent des gesamten Ertrags der Landesuntersuchungsämter im Bezirke und in den einzelnen Gemeinden zufallen. Die übrigen 30 Prozent sind zunächst für die zentralen Aufgaben gedacht. Welchen Umfang die zentralen Aufgaben der Altershilfe im Lande annehmen, steht noch nicht fest. Dies wird sich erst nach Beendigung der durch das Landesamt für Wohlfahrtspflege in die Wege geleiteten Umfragen über vorhandene Altersheimen klären lassen. Bei dem zu erhebenden jährlichen Sammelergbnisse wird den Wohlfahrtspflegebezirken mit großer Wahrscheinlichkeit ein weiterer Betrag aus dem 20 Prozent-Anteil zurückerhalten werden können. Einmal sich die aus diesem Anteil mit zu bedenkenden Unkosten ein ganz geringes Maß, etwa 1 Prozent des Sammelergebnisses beschränken. Bisher ist erfreulicherweise ein recht gutes Sammelergebnis zu verzeichnen, doch wird es bei weitem nicht ausreichen, die grenzenlose Not und das Elend unserer alten Leute nur einigermaßen zu lindern, wenn sich nicht ein Jeder der heiligen Pflicht, zur Linderung der Not der Alten zu beitragen, bewußt wird! Möge durch die Verlängerung der Volksammlung vielen noch Gelegenheit geboten sein, ihre Pflicht gegenüber den Alten zu tun und so an der Erhaltung des Hilfsmerks mitzuarbeiten.

Kritische und frohe Tage. Unsere Schulen haben in diesen Wochen ihre Erntezeit gehalten. Die letzten Tage waren besonders kritisch, waren sie doch der Zeugnisverteilung und der Versehung ergeben. Wer fleißig gewesen war, wurde verjezt, wer der Trägheit nachgegeben, muß ein Jahr zurückbleiben und wiederholen. So zieht schon in die Kinderseelen ein Gefühl des natürlichen Zusammenhangs zwischen Arbeitsleistung und Entlohnung ein. Die Jugend weiß noch: Wie die Arbeit, so der Lohn, und begrüßt namentlich die Osterferien als eine besondere Belohnung. Da wir einmal ganz ausgepaßt sind, gibt nichts mehr zu wiederholen und noch nichts Neues einzubringen. Nach dem letzten arbeitsreichen Vierteljahr mit seinen oft recht beswerlichen und harten Winterunfällen sind der fleißigen Kinderseelen die Osterferien auch recht wohl zu ginnen. Offenlich braucht der junge Leitz seine Sonnenkraft bald recht ausgiebig, um die letzten Winterernte in der fleißigen Landtschaft ganz zu vertreiben und damit den Größeren der Schuljugend die Möglichkeiten zu großer Wanderfahrt in unserer schönen Umgebung, der Kleinwelt Gelegenheit zu heiteren glücklichen Spielstunden in den Gärten und Anlagen der Stadt zu verschaffen.

Die Zuckerpreise. Die Landespreisprüfstelle teilt mit, daß infolge weiterer Preisaufschläge der Vertreter des Groß- und Kleinhandels neue Richtpreise für den Kleinhandel mit Zucker ausgestellt worden sind, nämlich für von am Plage vom Großhandel bezogene Ware: Meiß 9,80 Mark für das Pfund, Raffinade und Lompen 9,80 Mark für das Pfund, Würfel 10,50 Mark für das Pfund. Für von den Großhandelszentralen entfernter liegende Plätze, bei denen Fracht und Rollgeld berechnet werden muß: Meiß 9,80 bis 10 Mark, Raffinade und Lompen 10,30 Mark, und Würfel 10,75—11 Mark für das Pfund. Die Preise erhalten einen Aufschlag von 20 Pfg. für das Pfund, sobald die in aller nächster Zeit neu zu erhöhende Zuckersteuer in Ansatz gebracht werden muß.

Neuerliche Erhöhung der Brot- und Weizenpreise in Wien. Am 2. April wird der Preis von Brot von 624 auf 610 Kronen, von Mehl von 612 auf 607 Kronen erhöht. In dieser Erhöhung kommen nur der geminderte Staatszuschuß zum Brot für die dritte Periode des Abbaues der Lebensmittelzuschüsse und die erhöhten Herstellungskosten des Mehles zum Ausdruck. Der Stenographenverband Westergebirge hält am 6. und 7. Mai seine Frühjahrshauptversammlung in Grünhain ab. Die Tagung ist mit einem großen Preis schreiben in allen Geschwindigkeiten, und mit der Übernahme der Geschäftsstenographenprüfungen zu 150 und 180 Eiben verbunden.

Theater, Konzerte, Veranstaltungen, Kunst
a. Frühlingsfeier in der Volkshochschule aus. Draußen knirscht der festgefrorene Schnee unter den Tritten, schneidet ein eifriger Wind die frosttötende Luft. Dazu ein wohligen heimelnder Gegenfah im Festsaal der Oberrealschule. Hier wird der Frühling gefeiert mit jarten Sängen, weicher Musik, lyrischem Dichtermort. Kalendermäßig hat er seinen Einzug ja auch schon vor zehn Tagen gehalten; daß die Natur ihm einen so bösen Streich spielt und ihn in einen weißen Mantel einhüllt, läßt sich nicht ändern. Trotzdem aber: der Frühling ist da, und daß die Volkshochschule die Jahrtausend alte Sitte wieder aufnimmt, sein Erscheinen zu feiern, wird man ihr Dank wissen. Ist doch unser Leben in so vielen Rängen fest verwurzelt in dem unserer Vorfahren, daß es die Nachkommen nur ehren kann, wenn sie solche Sitten der Väter, dem Geiste der neuen Zeit angepaßt, sich wieder zu eigen machen. Und dieser Versuch unserer Volkshochschule gelang